

nicht mehr»



«Die aktuelle Situation ist eine Schande für Europa.»

Flüchtlingshelfer Michael Räber

kommt der 28. Oktober. Als vor Molyvos ein Boot kentert und mehr als 60 Menschen sterben, schaut die Welt plötzlich hin. Unzählige Medien berichten über Lesbos, viele auch über Räber und sein Team. Die Spenden fließen, die E-Mails hören nicht mehr auf.

Weil sich die Bootsrettung langsam verbessert, beginnen Räber und seine Kollegen mit der Säuberung der Strände. Die gestrandeten Boote und die weggeworfenen Schwimmwesten wurden zum Problem – für die Rettung, aber auch für den Tourismus, von dem die Insel lebt. Zudem steckt Räber immer mehr

Mittel in die Logistik, versorgt andere Organisationen mit dringend nötigen Waren. Sein Team bringt Heizkörper in die Flüchtlingslager, liefert Lampen, um die Landungen in der Nacht auszu-leuchten, und stellt Kleider bereit für die Flüchtlinge, die vor Wasser und Urin triefen. «Ab jetzt werden nicht mehr die vielen Ankünfte unser Hauptproblem sein», sagt Räber. «Jetzt kämpfen wir gegen Nässe, Kälte und gegen den zunehmenden Wind.» Im Dezember wagten deutlich weniger Menschen die Überfahrt als im Rekordmonat Oktober, doch noch immer kommen fast 2000 pro Tag auf Lesbos an. Und: Noch nie waren im Winter so viele Kinder und Frauen dabei.

Das Beste Europas

Dass Räber trotz allem die Hoffnung nicht verliert, liegt an den Menschen, die seinem Beispiel folgten. Es ist frühmorgens am Strand von Sikamineas, die Nacht war ruhig. Als die Beobachtungsposten erste Boote melden, machen sich spanische Rettungsschwimmer bereit, sie abzufangen. Griechische Kollegen werden informiert, Engländer, Holländer, Norweger und Deutsche bereiten sich auf die Ankunft vor. Als das Boot dann landet, stehen mindestens sieben Nationalitäten am Strand, alle freiwillig, alle ohne Bezahlung. Sie sichern das Boot, helfen beim Aussteigen, weisen den Flüchtlingen den Weg ins nächste Camp und bieten ihnen trockene Kleider, Tee und etwas zu essen an. Auch fünf Mitglieder von Räbers Team sind dabei.

«Es sind diese Leute, welche die humanitäre Tradition der Schweiz aufrechterhalten», sagt Michael Räber. Sie seien weder besonders politisch noch klar links. «Hier auf Lesbos geht es schlicht um Anstand und um Werte.» Natürlich schmerze es ihn, wenn man in der Schweiz ein «Asylchaos» herbeiredet, während die Menschen auf Lesbos im

wahren Chaos arbeiten. «Aber die Leute sind halt zu weit weg von der Realität», sagt der Mann aus dem bernischen Münsingen. «Nur so kann jemand ernsthaft glauben, dass Flüchtlinge wegbleiben, wenn man ihnen den Wegerschwert.»

Lösung: Sichere Überfahrt

Immer wieder hiess es in den letzten Tagen, dass die Türkei auf Druck der EU die Kontrollen verstärkte, dass nun kaum mehr Boote kommen würden. Doch die Schmuggler suchen sich längere, gefährlichere Routen, die Preise für die Überfahrt steigen – und doch kommen Leute. «Wer sich bei solchen Bedingungen auf ein Schlauchboot wagt, der hat nichts mehr zu verlieren», sagt Räber. So gibt es nur ein Politikum, das ihn noch interessiert: die sichere Überfahrt für Flüchtlinge nach Griechenland. «Wenn die Menschen regulär einreisen und ein Asylgesuch stellen könnten, bräuchte es keine Schlepper, keine unsicheren Überfahrten und keine Toten», sagt er. «Dann bräuchte es uns alle nicht mehr.»

Ende März will Michael Räber aufhören, egal, was geschieht. Er will zurückkehren nach Münsingen, wieder als selbstständiger IT-Berater arbeiten und seiner Frau, die Tierärztin ist, den Rücken freihalten. «Ich gehe nicht, weil dann die Krise vorbei sein wird», sagt er. «Ich gehe, weil ich psychisch und physisch am Limit bin. Drei Monate noch, dann kann ich nicht mehr.»

Zwei Tage nach dieser Aussage, am Nachmittag des 16. Dezember, kentern vor der Nordküste von Lesbos zwei Boote. Rund hundert Menschen werden gerettet, die Zahl der Toten bleibt unklar. Sicher ist: Auf einem Schiff der EU-Grenzschutzagentur Frontex erreichen zwei leblose Körper den Hafen von Petra, fünf Kilometer südlich von Molyvos. Es ist ein Mann – und ein Mädchen. Knapp zweijährig, mit kurzem, dunklem Haar. Christian Zeiler, Lesbos

Solidarität mit Trinkern

KOMATRINKER Wer sich ins Koma trinkt, soll die Kosten für die Notfallbehandlung im Spital nun doch nicht selber tragen müssen.

Zunächst hatte der Nationalrat die Gesetzesänderung unterstützt, nun aber beerdigte er sie: Komatrinker müssen die Spitalkosten, die sie verursachen, doch nicht selber begleichen. Der entsprechende Erlassentwurf geht auf eine parlamentarische Initiative von Alt-Nationalrat Toni Bortoluzzi (SVP, ZH) von 2010 zurück. Mit 97 zu 85 Stimmen und bei 11 Enthaltungen beschloss die grosse Kammer nach intensiver Debatte, die Initiative abzuschreiben. Die Gegenstimmen kamen vor allem von der SVP und der FDP.

Die Mehrheit der nationalrätlichen Gesundheitskommission (SGK) hatte die Meinung geändert und beantragt, auf den Erlass zu verzichten. Sie sah Schwierigkeiten bei der Umsetzung und der Abgrenzung. Es sei schwierig, zu beurteilen, wer allein wegen Folgen von exzessivem Alkoholkonsum im Notfall hat behandelt werden müssen. Halte man am Vorschlag fest, sei das der Beginn einer Entsolidarisierung in der Krankenversicherung, gab SGK-Sprecherin Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH) ausserdem zu bedenken.

Der Bundesrat hatte vor der Vorlage sogar gewarnt. Insbesondere Jugendliche und Personen aus bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen könnten sich spät oder gar nicht in Behandlung begeben, wenn sie diese selbst bezahlen müssten. Zudem wäre es ein Systemwechsel, wenn das Verschulden ein Kriterium für die Kostenübernahme durch die Krankenkasse wäre.

2012 wurden rund 12 000 Personen wegen übermässigen Alkoholkonsums notfallmässig im Spital behandelt, 90 Prozent von ihnen waren keine Jugendlichen. Das Universitätskinderspital bei der Basel rechnet für Überdosisbehandlungen mit durchschnittlich rund 1600 Franken. sda



Erste Hilfe für erschöpfte und frierende Ankömmlinge.

Christian Zeiler

Erste Besserung bei Werbeanrufen

KRANKENKASSEN Ab kom-mendem Jahr halten sich die Krankenkassen an strengere Regeln bei der Telefonwerbung. Der Stiftung für Konsumentenschutz gehen diese jedoch zu wenig weit. Sie fordert ein Verbot.

Werbeanrufe für Krankenkassen sind für viele ein Ärgernis. Ab nächstem Jahr soll die Situation besser werden, denn im Januar tritt eine Vereinbarung des Branchenverbands Santésuisse über die Telefonwerbung in Kraft. Darin verpflichten sich die Krankenkassen, dass sowohl sie als auch die von ihnen direkt beauftragten Vermittler und Callcenter auf telefonische Kaltakquise verzichten. Das heisst, sie werden nur Personen – auf dem Handy oder dem Festnetz – kontaktieren, die Kunden waren oder sind oder einer Kontaktaufnahme ausdrücklich zugestimmt haben.

Wie viel dies tatsächlich bringt, muss sich zeigen. Denn sind die Callcenter nicht direkt von den Kassen beauftragt, sondern arbeiten mit Vermittlern zusammen, so können sie weiterhin Kaltakquise betreiben. Die Callcenter müssen sich dann einzig an die Sterneinträge halten, dür-

fen also keine Personen anrufen, die Werbeanrufe mit einem Stern im Telefonbuch gesperrt haben.

Begrenzte Provision

Santésuisse-Sprecher Christophe Kaempf ist von der Wirkung der bereits im Juli angekündigten Vereinbarung überzeugt. Denn darin ist auch festgehalten, dass die Krankenkassen einem Makler oder Vermittler für einen Versicherungsabschluss noch höchstens 50 Franken Provision bezahlen dürfen. Bei diesem Betrag lohne es sich für die Vermittler kaum, mit Callcentern zusammenzuarbeiten, so Kaempf. Von den 45 Krankenkassen, welche Santésuisse angehören, haben laut Kaempf 36 die Vereinbarung unterzeichnet. Was die Tragweite jedoch einschränkt: Da Santésuisse nur für den Grundversicherungsbereich zuständig ist, gilt die Vereinbarung auch nur für die Grund-, nicht aber für die Zusatzversicherung.

Curafutura geht weiter

Entschiedener gegen Werbeanrufe geht der Kassenverband Curafutura vor, zu welchem sich CSS, Helsana, KPT und Sanitas zusammengeschlossen haben. Ihre Qualitätsstandards gelten



Viele ärgern sich über Werbeanrufe auf dem Handy.

Fotolia

auch für die Zusatzversicherung, «denn Werbeanrufe sind ein Ärgernis für die Bevölkerung, ob sie nun die Grund- oder die Zusatzversicherung betreffen», sagt Curafutura-Direktor Pius Zängler. Weder die Versicherer noch deren Vermittler dürfen Kaltakquise machen, und im Gegensatz zur Santésuisse-Vereinbarung dürfen sie auch keine Termine bei Callcentern beschaffen, die über solche Kaltanrufe entstanden sind. Auch Santésuisse setzte sich für ein generelles Verbot der

WERBUNG AUFS HANDY

«Ich kann Ihnen sagen, das geht einem empfindlich auf den Wecker», sagte gestern

Anita Fetz (SP, BS), als es im Ständerat um unerwünschte Werbeanrufe aufs Handy ging. Fetz hatte deshalb per Motion gefordert, dass Werbeanrufe auf Mobiltelefone grundsätzlich verboten werden. Gestern zog sie ihren Vorstoss zurück. Sie erachtet ihre Forderung als nicht mehr nötig. Letzte Woche hat der Bundesrat das geänderte Fernmeldegesetz in die Vernehmlassung geschickt. Darin will er Num-

mern, die nicht in einem Telefonverzeichnis eingetragen sind – was bei Handynummern meist der Fall ist – mit Nummern mit Sterneintrag gleichsetzen. Damit wäre es Callcentern verboten, Nummern anzurufen, die nicht im Telefonverzeichnis eingetragen sind. Bundesrätin Doris Leuthard geht davon aus, dass die Botschaft zum Gesetz bis Ende 2016 vorliegt. Auch sie bezeichnete die Anrufe als Ärgernis. «Vor allem viele ältere Personen melden sich deswegen bei uns», sagte sie. bw

Kaltakquise in der Telefonwerbung ein, teilt der Verband mit. Ein solches solle aber über eine Änderung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb durchgesetzt werden. Bei Curafutura sind die neuen Standards bereits in Kraft, dort, wo Verträge angepasst werden müssen, soll dies im Laufe des nächsten Jahres geschehen.

Achtung bei Wettbewerben

Doch auch wenn die unerwünschten Werbeanrufe ein-

geschränkt werden: Wer Anrufe ganz vermeiden will, muss anpassen, wo er seine Nummer angibt. Wer sich an einem Wettbewerb beteiligt, wird möglicherweise im Text darauf aufmerksam gemacht, mit der Angabe der Telefonnummer auch die Zustimmung zu geben, dass diese zu Werbezwecken benutzt werde. Dies räumen beide Kassenverbände ein.

Der Stiftung für Konsumentenschutz gehen die Vereinbarungen grundsätzlich zu wenig

weit. «Eigentlich sollte man in der Grundversicherung die Telefonwerbung ganz verbieten», sagt Geschäftsleiterin Sara Stalder. Sie würde sich auch für ein Verbot bei der Zusatzversicherung aussprechen, doch lasse sich ein solches kaum je durchsetzen.

Santésuisse hatte von Mitte 2011 bis Anfang 2014 bereits ein ähnliches Abkommen in Kraft gesetzt, wie es nun eingeführt wird. In dieser Zeit seien bei der Ombudsstelle deutlich weniger Beschwerden eingegangen, sagt Sprecher Christophe Kaempf. Weil die Wettbewerbskommission die Regelung beanstandete, setzte sie Santésuisse wieder ausser Kraft.

Wegen Werbeanrufen trotz Sterneintrag, seien es zu Krankenkassen oder anderen Produkten, gingen beim Staatssekretariat für Wirtschaft Seco letztes Jahr 11 500 Beschwerden ein. Das Seco begrüsst deshalb Bemühungen, welche das Problem entschärfen.

Es verweist neben den beiden Vereinbarungen der Branchenverbände auch auf den Kassenvergleichsdienst Comparis, der ein Label für saubere Kundenwerbung vergibt.

Brigitte Walser